

Around Europe - Deutsche Ausgabe Nr 272 Mai 2005

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in Europa

Am 27.04.05 stellte QCEA seinen neuesten Bericht "Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in Europa: Eine Bewertung der aktuellen Situation" (The Right to Conscientious Objection in Europe: A Review of the Current Situation) im Europarat vor. Im Bewusstsein der Tatsache, dass Kriegsdienstverweigerer in einigen europäischen Ländern noch immer hart angefasst werden und ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung noch nicht einmal in allen Staaten des Europarates anerkannt ist, hatte QCEA diesen Bericht in Auftrag gegeben, um die Probleme zu beleuchten, die es in Europa im Zusammenhang mit der Kriegsdienstverweigerung noch immer gibt.

Der Bericht gibt einen Überblick über die aktuelle Situation in Europa. Während der letzten Jahre hat es im Hinblick auf Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung viele Entwicklungen gegeben. Mehrere europäische Länder haben die Wehrpflicht außer Kraft gesetzt, obwohl die meisten Europäischen Staaten die Wehrpflicht beibehalten und die meisten europäischen Männer noch immer zum Wehrdienst verpflichtet sind. In vielen Ländern, vor allem in Osteuropa, dem Balkan und der ehemaligen Sowjetunion, ändern sich sowohl die Gesetzgebung zur Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung als auch die Praxis recht schnell. In anderen europäischen Staaten ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung noch immer nicht voll oder überhaupt nicht anerkannt, und Kriegsdienstverweigerer werden noch immer hart angefasst.

Glücklicherweise standen uns während der Vorstellung des Berichts sowohl Friedhelm Schneider, Vizepräsident des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung (EBCO, www.ebco-beoc.org) und EBCO Abgeordneter im Europarat als auch Andreas Speck von War Resisters' International (WRI, www.wri-irg.org) zur Seite.

Der Bericht steht auf der QCEA Webseite (www.quaker.otg/qcea/coreport) zum Download zur Verfügung und gedruckte Kopien können im QCEA Büro angefordert werden.

Am 28.04. war Liz Scurfield eine von vier NRO-Repräsentanten, die bei der Anhörung über die Menschenrechte von Mitgliedern der europäischen Streitkräfte gesprochen haben, welche von der Kommission für Rechtsfragen und Menschenrechte der Parlamentarischen Versammlung des Europarates abgehalten wurde.

In ihrer Rede konzentrierte Liz sich auf das Recht auf Kriegsdienstverweigerung für Berufssoldaten, Wehrpflichtige während des Wehrdienstes und Reservisten sowie auf spezielle Verletzungen der Menschenrechte in den Streitkräften einiger Mitgliederstaaten des Europarates, die zu einer bedeutenden Zahl von Personen geführt haben, die sich entweder der Wehrpflicht entziehen oder desertieren. Es ist zu hoffen, dass der Berichterstatte, Alexander Arabadjiev (Bulgarien), einige der Punkte, die Liz angesprochen hat, in seinen kommenden Bericht einfließen lassen wird.

Liz Scurfield

Übersetzung: Anja Krebber

Charlotte Wetton stoest zu QCEA

Nach drei Monaten als einziger Programm Assistent hat sich Robin Bloomfield nun Charlotte Wetton angeschlossen. Sie stellt sich in den folgenden Zeilen vor.

Ich wurde auf der Friends School Study Tour in die europäischen Aktivitäten der Quäker eingeführt. Als ich die Universität verliess, entschloss ich mich, mich auf die Stelle einer Programm Assistentin zu bewerben. Die Tour hatte mich dazu gebracht, Internationale Geschichte und Internationale Politik an der Universität Sheffield zu studieren. Dies waren drei dicht gepackte Jahre, während derer ich ein Jahr in Alberta (Kanada) studierte und mich als begeisterte Teilnehmerin bei Amnesty International und der Antifaschistischen Liga einbrachte, um nur zwei zu nennen. Meine Hauptinteressen sind Menschenrechte der Frauen und Flüchtlinge, und ich hoffe, in der Zukunft einen Master of Arts (MA) in "Gender and International Politics" (etwa: "Geschlechter und Internationale Politik") zu erlangen.

Meine Berührung mit dem Quäkertum rührt von meiner Zeit an der Mount School in York her. Im Oktober besuchte ich einen Kurs in Woodbrooke über spirituellen Aktivismus (Spiritual Activism). Ich hoffe, dass sich diese innere Reise über das Jahr fortsetzt, und ich freue mich darauf, regelmäßig an Andachten teilzunehmen, während ich bei QCEA bin.

Ich betätige mich auch als Autorin und habe ein hohes Interesse in den Künsten, insbesondere dem Film und der modernen Kunst.

Charlotte Wetton

Übersetzung: Helge Moog

Schreibt Euch im Europäischen Friedensregister ein

QCEA arbeitet daran, ein über das Internet zugängliches Register über in Europa für den Frieden arbeitende Organisationen oder Gruppen einzurichten.

Das Register soll eine Informationsstelle für alle in Europa sein, die für den Frieden arbeiten und herausfinden möchten, wer noch in Europa auf diesem Gebiet arbeitet. Wir beziehen alle europäischen Länder ein, nicht nur die Mitgliedsstaaten.

Gruppen oder Organisationen, die daran interessiert sind, sich in dieses Register einzutragen, sollten sich im Internet an folgende Adresse begeben:

www.quaker.org/qcea/peacedirectory

Es kann auch eine E-Mail an rbloomfield@qcea.org geschrieben werden.

Eine Eintragung in das Register kostet nichts. Es wird frei zugänglich sein.

Alle Gruppen, die sich in das Register eintragen, müssen gewaltfrei sein und sich der Arbeit mit friedlichen Mitteln verschrieben haben.

Der Schlusstermin für die Eintragung ist der 24. Juni 2005.

Diese Ausgabe der QCEA Monatszeitschrift *Around Europe* ist von der Deutschen QCEA
Unterstützungsgruppe übersetzt worden
Sie ist auf der QCEA website www.quaker.org/qcea zu finden

Das Europäische Friedensregister wird in Zusammenarbeit mit Mouvement Chretien Pour la Paix erstellt.

Bitte gebt diesen Aufruf an alle Gruppen oder Organisationen weiter, die an einer Eintragung in das Register Interesse haben könnten.

Robin Bloomfield

Übersetzung: Helge Moog

Aktuelles über die Friedenssteuer

Während der Frühjahrssitzung der Parlamentarischen Versammlung im Europarat hat QCEA der Menschenrechtsgruppierung der Internationalen NROs mit mitwirkendem Status im Europarat einen Entwurf über das Recht vorgestellt, Steuern zu militärischen Zwecken zu verweigern.

Kriegsdienstverweigerer verweigern aus Gewissensgründen die Teilnahme an militärischen Aktivitäten. QCEA ist der Meinung, dieses Recht der Verweigerung aus Gewissensgründen sollte auf diejenigen ausgedehnt werden, die es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können, für militärische Aktivitäten zu bezahlen.

Trotz einer interessanten Debatte über das Thema, war die Menschenrechtsgruppierung zu diesem Zeitpunkt nicht willens, die Resolution zu unterstützen. QCEA sucht nun nach Unterstützung durch ein Mitglied der Kommission für Rechtsfragen und Menschenrechte der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Der Entwurf der Resolution und die Informationsblätter, die wir zu diesem Thema zusammengestellt haben, stehen auf unserer Webseite:
www.quaker.org/qcea/peacetax zur Verfügung.

Weitere Informationen über den mitwirkenden Status der NROs im Europarat stehen unter www.coe.int/T/E/Public/ zur Verfügung.

Robin Bloomfield

Übersetzung: Anja Krebber

Ziviles Krisenmanagement: Was ist das und was muss noch getan werden?

QCEA hat in den letzten zwei Jahren zusammen mit EPLO (European Peacebuilding Liaison Office = europäisches Büro für Friedensarbeit) daran gearbeitet, die Möglichkeiten der EU für ein ziviles Krisenmanagement zu verstärken. Wir haben dieses Thema bereits in der letzten Ausgabe von "Around Europe 271" in unserem kurzen Bericht über die "Partner zur Prävention" - Konferenz erwähnt.

Ziviles Krisenmanagement ist eines der Instrumente der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die einen Teil der Allgemeinen Außen- und Sicherheitspolitik bilden.

Für die EU ist das Zivile Friedensmanagement klar definiert als:

- . Polizei-Intervention
- . Rechtsstaatliche (Rule of Law) Intervention
- . Zivile Verwaltungsintervention
- . Zivilschutz-Intervention.

In ihrem ursprünglichen Konzept wurden diese vier Arten von Interventionen als strikt getrennt betrachtet. Mit der Zeit entwickelte sich dieses Konzept weiter, und die EU kann sich mögliche Interventionen vorstellen, die zwei oder mehrere dieser Elemente kombinieren. Dies wurde in dem Aktionsplan für das Zivile Krisenmanagement bestätigt, der vom Europa-Rat im Juni 2004 angenommen wurde.

Die EU einigte sich auf acht Missionen innerhalb der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik; drei waren Militärmissionen und die restlichen fünf zivile. Die zivilen Missionen sind:

1. Eine Polizeimission in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien
2. Eine rechtsstaatliche (Rule of Law) Mission in Georgien
3. Eine Polizeimission in Bosnien-Herzegowina
4. Eine Polizeimission in der Demokratischen Republik Kongo
5. Eine integrierte rechtsstaatliche (Rule of Law) Mission für den Irak.

Innerhalb des Generalsekretariats des Rates gibt es nur einen kleinen Stab von etwa 25 Mitarbeitern (verglichen mit 150 militärischen Mitarbeitern), die solche Missionen koordinieren und die nötige politische, strategische und logistische Unterstützung entwickeln, damit sie überhaupt stattfinden können. Es gibt auch ein Komitee für Ziviles Krisenmanagement (CIVCOM), in dem Diplomaten aller EU-Mitgliedsstaaten vertreten sind und die die Politik für die EU auf diesem Gebiet entwickeln.

QCEA und EPLO begrüßen und loben diese Arbeit, sehen aber die Notwendigkeit für weit mehr.

Wir waren Mitgastgeber der Konferenz "Partner zur Prävention" (über die wir in der letzten Ausgabe von "Around Europe" berichteten), weil uns klar war, dass wir - als Repräsentanten der Zivilgesellschaft eine Anzahl von Nichtregierungsorganisationen vertreten, die an Präventionsaufgaben arbeiten, - mit den Entscheidungsträgern den Dialog fortsetzen müssen über das, was noch getan werden muss:

- Es ist eines der größten Probleme der EU, für zivile Interventionen die richtigen Leute zur richtigen Zeit zur Verfügung zu haben. Das gegenwärtige Konzept der zivilen Intervention basiert ausnahmslos auf staatlichen Personen (Beamte oder Staatsangestellte), die zur Verfügung gestellt werden. Trotzdem gibt es auf der EU Ebene kein Forum, auf dem die für solche Mitarbeiter verantwortlichen Minister Interventionen auf politischer Ebene diskutieren können. Entscheidungen über Missionen werden von den Außenministern gefällt, die nicht für das betroffene Personal verantwortlich sind. Nötig ist aber ein EU-Forum für diese Minister, um gemeinsame Zugänge zu den unterschiedlichen Problemen zu schaffen.

Diese Ausgabe der QCEA Monatszeitschrift *Around Europe* ist von der Deutschen QCEA
Unterstützungsgruppe übersetzt worden
Sie ist auf der QCEA website www.quaker.org/qcea zu finden

- Es herrscht zu wenig Koordination zwischen den verschiedenen Teilen der Europa-Union (Rat und Kommission), um sicher zu stellen, dass kurzfristiges Krisenmanagement und auf längere Sicht geplante friedensschaffende Maßnahmen voll integriert werden. Gebraucht wird ein innovativer Rahmen für eine gemeinsame Politik auf operationaler Ebene sowohl innerhalb der EU als auch mit anderen Entscheidungsträgern (internationalen, staatlichen und nicht-staatlichen).
- Von besonderer Bedeutung ist die Integration der Nichtregierungsorganisationen in die Aktivitäten des Zivilen Krisenmanagements der EU.
- Für Ausbildung, Einstellung und Koordination ziviler Mitarbeiter sind mehr Mittel nötig.

(Zur vollständigen Analyse dieser Probleme siehe die Stellungnahme der EPLO Politik: Zivile Möglichkeiten schaffen: Fortschritt über das Krisenmanagement hinaus zu friedensschaffenden Maßnahmen auf der QCEA Website unter www.quaker.org/qcea/eplomarch05.pdf)

Kurz gesagt: das Zivile Krisenmanagement ist ein guter Anfang. Aber es ist nicht genug. Sein Konzept ist nicht langfristig genug, es ist nicht gut genug verbunden mit dem längerfristigen Instrumentarium und mit den Ansätzen der Europäischen Kommission, den Mitgliedsstaaten und anderen international an diesem Prozess Beteiligten. Es ist auf allen Ebenen nicht hinreichend ausgestattet und übernimmt nicht den Beitrag, den die Nichtregierungsorganisationen leisten können, sollten und müssten, um sicherzustellen, dass das Krisenmanagement auf lange Sicht zum Frieden führt

Martina Weitsch

Übersetzung: Christel Wieding

Aktuelles vom Verfassungsvertrag

Das "Ja-Lager" hat plötzlich Zulauf bekommen, behauptet die jüngste Meinungsumfrage in Frankreich. Nach einer Verstärkung der Kampagne der Sozialisten würden nun 52 % der Wahlberechtigten für die Europäische Verfassung stimmen. Der Druck auf die französischen Wähler nimmt mit dem deutschen Bundeskanzler und den "Grossen Alten Männern" auf der Linken zu den ehemaligen Kommissionspräsidenten Jaques Delors und dem ehemaligen sozialistischen Premierminister Lionel Jospin - zu. Diese setzen sich für ein Ja ein.

Litauen, Ungarn, Slowenien und Italien haben den Verfassungsvertrag in den Parlamenten bereits ratifiziert, während Spanien in einer Volksabstimmung mit Ja stimmte. Die bevorstehenden Referenden sind: Niederlande 1. Juni 2005, Luxemburg 10. Juli 2005, Dänemark 25. September 2005, Polen 27. September 2005, Portugal 9. Oktober 2005, Irland im Oktober 2005 und das Vereinigte Königreich am 6. Mai 2006. Die Tschechische Republik hat noch nicht über ein Referendum entschieden.

Ein Nein in einem der Länder würde sich ernsthaft auf die Implementierung des Vertrages auswirken, aber ein Nein in Frankreich oder den Niederlanden, zwei Gründerstaaten der EU, würde den Prozeß vollständig zum Erliegen bringen.

Übersetzung: Helge Moog

Internet-Seite von QCEA wieder im Netz

Die Internet-Seite von QCEA ist jetzt mit einem neuen Design wieder im Netz. Sie kann im Internet unter folgender Adresse gefunden werden:

www.quaker.org/qcea/

QCEA spricht der Andachtsgruppe Saffron Walden seinen Dank für die finanzielle Unterstützung der Überarbeitung aus.

Übersetzung: Helge Moog

Verwirrt vom Euro-Jargon?

Die Sprache und Begriffe, die im Zusammenhang mit europäischen Institutionen und europäischer Politik verwendet werden, kann für die allgemeine Öffentlichkeit oft verwirrend und unklar wirken. Für all jene, die sich diesen "Euri-Jargon" gerne einmal erklären lassen möchten, empfiehlt QCEA den "EU-Sprachführer", produziert von der Europäischen Kommission. Der Ratgeber ist im Internet aufzufinden unter

http://europa.eu.int/abc/eurojargon/index_de.htm

Für juristische und technische Begriffe ist das "Europa-Glossar" unter der folgende Adresse hilfreich:

http://europa.eu.int/scadplus/glossary/index_de.htm

Übersetzung: Helge Moog

Diese Ausgabe der QCEA Monatszeitschrift *Around Europe* ist von der Deutschen QCEA
Unterstützungsgruppe übersetzt worden
Sie ist auf der QCEA website www.quaker.org/qcea zu finden

Vision der OSZE fuer die Zukunft ohne die Stimme der Frauen

Im Dezember 2004 beschlossen die teilnehmenden Staaten der OSZE einen hochrangigen Ausschuss von wichtigen Persönlichkeiten zu bilden, der eine Vision von der Zukunft der OSZE entwerfen sollte. In der Ausgabe vom März 2005 des OSZE-Magazins zeigt ein kurzer Beitrag zu diesem Ausschuss, dass dieser ausschliesslich aus Männern besteht.

QCEA fragte bei der OSZE an, warum dies so sei und gab der Sorge Ausdruck, dass die Stimme der Frauen in dieser wichtigen Debatte nicht gehört werden könne. In einer Antwort wurde QCEA von der OSZE darüber informiert, dass die Berufung der Mitglieder dieses Ausschusses aufgrund von Nominierungen aus den 55 Mitgliedsstaaten geschah. Keiner dieser Staaten hatte auch nur eine einzige Frau nominiert!

Wenn Euer Land Mitglied in der OSZE ist (herauszufinden unter www.osce.org/about/13131.html), verspürt Ihr ja vielleicht Lust, diesen Missstand mit einer zuständigen Stelle Eurer Regierung zu erörtern.

Übersetzung Helge Moog